

DEUTSCHLAND



Vermögenspolitiker Vetter, Brandt: Mit drei Stimmen Mehrheit ein Sieg auf Zeit?

Vermögensbildung: „Das ist eine bittere Pille“

Die mächtigen Gewerkschaftsführer Loderer (IG Metall) und Kluncker (ÖTV) versuchten, die Vermögensbildungspläne der Regierung und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu kippen. Mit einem Votum gegen die Regie-

rungsplaner sollten die Gewerkschaftsdelegierten für den SPD-Parteitag festgelegt werden. Doch das Vorhaben scheiterte zunächst: Im Bundesausschuß des Gewerkschaftsbundes unterlagen Loderer und Kluncker knapp.

Spat kam die Hilfe für den Parteichef, doch gerade noch früh genug.

Sechs Tage vor Beginn des Ordentlichen Parteitages der SPD in Hannover ist bereits eine wichtige Vorentscheidung gefallen — zugunsten von Parteichef Willy Brandt und gegen eine Koalition von Widersachern quer durch die Reihen der Genossen: Im Bundesausschuß des DGB drückte Gewerkschafts-Chef Heinz Oskar Vetter ein Vermögensbildungsmodell durch und programmierte damit bereits die Entscheidung des Parteitages zu den bislang heftig umstrittenen Eigentumsplänen des Parteivorstandes.

Mit nur drei Stimmen Mehrheit gelang es dem DGB-Vorsitzenden, seine mächtigen Kontrahenten und Gegner der Vermögensbildung Eugen Loderer (IG Metall) und Heinz Kluncker (ÖTV) zu überstimmen. Das IG-Che-

mie-Vorstandsmitglied Hermann Rappe, SPD-MdB, staunte: „Der nicht geschriebene Paragraph 1 der DGB-Satzung lautet: Es gibt keinen Beschluß gegen die IG Metall. Diesmal ist erstmals Paragraph 1 nicht eingehalten worden.“

Das Gewerkschafts-Votum von Düsseldorf kann Willy Brandts Parteivorstand noch diese Woche in Hannover aus der ärgsten Klemme des Parteitages befreien — dann nämlich, wenn die noch schwankenden Gewerkschafter unter den 435 Parteitags-Delegierten den Vetter-Spruch als verpflichtende Verhaltensregel ansehen.

Dann gelingt es der Parteispitze, gegen eine übermächtig scheinende Koalition von Widersachern ihr umstrittenes Vermögensmodell durchzubringen. Schon triumphiert IG-Chemie-Rappe: „Es gibt da kein Zurück mehr: 70 bis

75 Prozent werden für das Vorstandsmodell stimmen.“

Eine zusammengewürfelte Mehrheit aus Jusos, Altsozialisten und Gewerkschaftern schien bisher alle Pläne zu blockieren, Deutschlands Arbeitnehmer gesetzlich am Industrievermögen zu beteiligen. Ihr Argument: Es sei vorrangiger, über Steuererhöhungen öffentliche Investitionen für Schulen, Universitäten, Krankenhäuser und den Nahverkehr zu fördern, als die Arbeitnehmer über eine unzureichende Vermögensbildung zu Minikapitalisten zu erheben.

So waren denn auch die auf dem Parteitag zur Diskussion stehenden Pläne einer von Parteivize Herbert Wehner befehligten Vorstands-Equipe gefährdet, gewinnträchtigen Unternehmen künftig Aktien im Wert von fünf Milliarden Mark abzuknöpfen und

die Papiere über einen Fonds an Arbeitnehmer zu verteilen.

Aus Sorge, die Delegierten könnten das neben der Bodenrechtsreform einzig vorzeigbare Ergebnis des Parteitagges — das überdies schon in der Regierungserklärung steht und mit den Freien Demokraten verabredet ist — verwerfen, drohte der SPD-Vorsitzende schon Mitte März: „Ich könnte die Verantwortung nicht tragen für etwas, was im Widerspruch stünde zu dem, wofür ich mit anderen die breite Zustimmung der Wähler gefunden habe.“

Die Genossen wußten sogleich, was ihr Chef meinte. Denn in Sachen Vermögensbildung hatte er schon einmal die Vertrauensfrage gestellt: 1969 auf dem Parteitag in Bad Godesberg. Damals freilich stand Brandt auf seiten der Gegner und preßte die Delegierten zur Ablehnung eines südhessischen Beteiligungsmodells, das sie bereits angenommen hatten: „Ich kann für die Annahme dieses Antrages nicht die Verantwortung übernehmen und bitte, das zu berücksichtigen.“

So wie der Partei-Vormann seinerzeit die SPD-Truppen hinter sich gebracht hatte, so ordneten sie sich auch jetzt — zwar verwirrt, doch wie immer folgsam.

Verärgert fragte am Montag vergangener Woche SPD-MdB Friedhelm



Metallarbeiter-Chef Loderer
Zwischen Überzeugung und Loyalität

Farthmann im Restaurant der Duisburger Mercator-Halle die niederrheinischen Parteitags-Delegierten, die sich noch am 24. März auf dem Bezirkskonvent in Rheydt gegen die Vermögensbildung und für Steuererhöhungen zugunsten öffentlicher Investitionen ausgesprochen hatten: „Wozu fassen wir eigentlich Beschlüsse?“

ParteiSekretär Heribert Niermann aus Dinslaken hatte die Rheydter Abstimmung längst verdrängt: „Wir haben kein imperatives Mandat.“ Nord-



ÖTV-Vorsitzender Kluncker
Die Unternehmer schröpfen

rhein-Westfalens Justizminister Diether Posser ermunterte gar zum Widerruf: „Das geht doch durch, da werden sich Brandt und Wehner in die Bresche werfen.“

Wenige Tage später, nach dem Spruch des DGB-Bundesausschusses, wußte auch Vermögensbildungsgegner Farthmann — als Geschäftsführer des DGB-eigenen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts seinem Dienstherrn Vetter verpflichtet — nicht mehr so ganz, wo er stand: „Ich muß jetzt wählen zwischen Überzeugung und Loyalität zum DGB. Das ist eine bittere Pille.“

Für Gewerkschafter Farthmann lassen sich Mitbestimmung und Steuererhöhungspläne nicht mit der Forderung nach Vermögensbildung vereinbaren. Es sei unlogisch, einerseits den Arbeitnehmern einzureden, den Anteilseignern einen Teil ihrer Macht und ihrer Gewinne zu nehmen, sie andererseits aber selbst zu Kleinaktionären umzuschulen.

Da nun selbst überzeugte Vermögensbildungs-Gegner wie Farthmann nach der Düsseldorfer Entscheidung schwankend geworden sind, sieht auch der Vermögensbildungsexperte des linken SPD-Bezirks Hessen-Süd, Ernst Weltecke, die Chancen sinken, das Vorstandsmodell in Hannover zu stürzen.

Weltecke, der in der Wehner-Kommission zusammen mit Farthmann opponiert hatte, kalkulierte vorige Woche: „Die meisten Genossen haben sich nicht so engagiert und sind auf Stimmführung angewiesen. Von daher glaube ich, daß die DGB-Entscheidung eine wichtige Rolle spielt.“

Sogar in der linken Kerntruppe der SPD, dem sogenannten „Frankfurter Kreis“, verbreitet sich Unsicherheit. Mit einem dreiseitigen Papier hatte Karl-Heinrich Pitz, Frankfurter Juso und Vermögensspezialist der IG Me-

tall, die Genossen für den Fall mit Argumenten versorgt, daß Herbert Wehner in Hannover erklärt: „Wir müssen an die Wahl von 1976 denken. Wir dürfen dieses Feld nicht durch die CDU beackern lassen.“

Pitz warnte: „Wenn man erkennt, daß Vermögenspolitik Scheiße ist, muß man sie nicht deswegen nachvollziehen, weil eine andere Partei ebenfalls Scheiße propagiert. Wir binden uns abermals einen dicken Klotz für die Wahl 76 an das Bein, denn realisiert wird der Fonds bis 76 sowieso nicht.“

Doch der Rat blieb bei vielen unbeachtet. Kreis-Sprecher wie der hannoversche Parteichef Peter von Oertzen, der Berliner Alt-Linke Harry Ristock, der Vorsitzende des Bezirks Ostwestfalen-Lippe, Heinrich Junker — allesamt Kandidaten der linken Partiformation für den neuen Vorstand — plädierten zwar für eine harte Grundsatzzdiskussion, aber auf ein Veto gegen jegliche Art Vermögensbildung ließen sie sich nicht festlegen.

Konnte Kreis-Geschäftsführer Karsten Voigt bereits am 30. März Strategie-Papiere für die Abstimmungen zum Langzeitprogramm und zur Parteiorganisation verschicken, so meldete die eigens gebildete Vermögensbildungskommission des Frankfurter Kreises Fehlzanzeige. Mitglieder schätzen, daß 80 bis 85 Delegierte, etwa die Hälfte des harten linken Kerns, in Hannover die Vermögensbildung entschieden ablehnen werden — allen voran die Mehrzahl der südhessischen und schleswig-holsteinischen Deputierten.

Aussicht auf Erfolg im Kampf gegen die Vermögensbildung errechnet sich



Jungsozialist Voigt
Strategie für die Langzeit

trotz allem noch IG-Metall-Chef Loderer. Spätestens auf dem nächsten DGB-Bundeskongreß will er erneut einen Antrag gegen die Vermögensbildung vorlegen: „Wir wollen Reformen nicht aus den Erträgen eines Fonds finanzieren, sondern aus den Mitteln, die wir dem Staat geben, indem wir die Unternehmen schröpfen.“

Von Parteidisziplin will der Vorsprecher von 2,3 Millionen Metallern schon gar nichts wissen: „Die Partei kann mir nicht vorschreiben, was ich als Repräsentant einer DGB-Organisation tun darf oder nicht tun darf.“

USA-REISE

Viel Rauch

Wochenlang besprachen Brandt und Nixon geld- und weltpolitische Fragen am Telefon — nun suchen sie den direkten Kontakt.

Aufgeregt läutete der Beamte aus der Fernschreibzentrale des Auswärtigen Amtes am Samstagabend der vorletzten Woche seinen Kollegen vom Bereitschaftsdienst an: Soeben komme ein Telex „über den Besuch“ aus dem Ticker: was er damit tun solle.

Der Diplomat vom Dienst, vollauf mit dem Wochenende beschäftigt, schaltete falsch. Er hielt das Fernschreiben für eine Routinemitteilung über den bevorstehenden Besuch des KP-Generalsekretärs Leonid Breschnew am Rhein und gab Order: „Das hat Zeit bis Montag.“

So geschah, daß ein Kabel des Gesandten Hans Heinrich Noebel, derzeit amtierender Chef der westdeutschen Botschaft in Washington, zwei Tage im verwaisten Außenamt liegenblieb und die Empfänger, Kanzler Brandt und Außenminister Scheel, erst am Montag früh erreichte.

Dabei war die Nachricht, daß US-Präsident Richard Nixon dem westdeutschen Regierungschef und seinem Vize am 1. und 2. Mai zu ausführlichen Gesprächen in Washington zur Verfügung stehe, in Bonn begierig erwartet worden. Dem Kanzler lag daran, noch vor seinen Bonner Gesprächen mit dem Sowjet-Führer Mitte Mai die Beziehungen zu Washington neu abzusichern und den Verdacht auszuräumen, die neuen Vertragspartner in Bonn und Moskau kämen sich allzu nah.

Überdies hoffte der Sozialdemokrat, jene publizistische Welle von Antiamerikanismus zu brechen, die inner- und außerparlamentarische Opposition mit dem Hochspielen lokaler Proteste gegen US-Militärflugpläne und verbaler Kraftformeln von Jungsozialisten aufzuschaukeln suchten.

Um den Nachweis zu führen, daß selbst im hellhörigen Bonn Regierungsgeschäfte noch geheim bleiben können,

hatte der Kanzler eine Geheimniskrämerei inszeniert, die erst von der Panne am Ticker beendet wurde. Nur ein kleiner Kreis von Auserwählten wußte, daß Kanzler und Präsident seit Wochen per Telefon, Telex und Brief engen Kontakt pflegten.

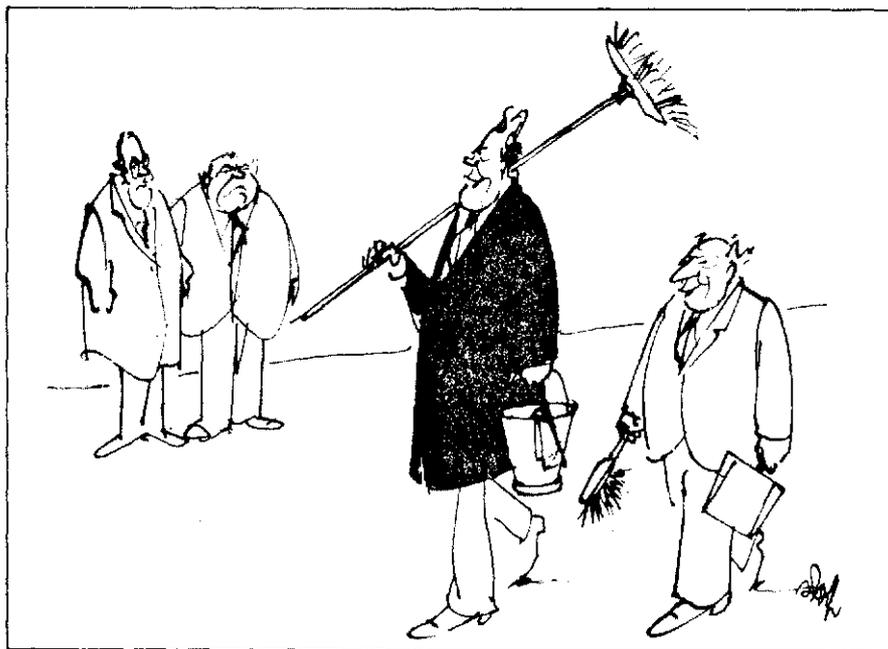
Zunächst, während der Dollarkrise Anfang Februar, hatten der Deutsche und der Amerikaner lediglich aktuelle Geldfragen besprochen. Doch bald schon weitete sich das Fachgespräch zu einer allgemeinen politischen Diskussion aus — über US-Truppenpräsenz in der Bundesrepublik, Verminderung von Streitkräften, die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die amerikanischen Sorgen über ihre Handelsbeziehungen zur Europäischen Gemeinschaft.

Mitte März schließlich ließ der Präsident durchblicken, es sei wohl besser,

amerikanische Zeitungsredaktionen bei ihren Bonner Korrespondenten ausführliche Berichte über die Wandlungen des bislang stets folgsamen Musterschülers.

Freilich — das Feindbild wollte nicht recht gelingen, die Journalisten versuchten die CBS-Montage zurechtzurücken. David Binder, Korrespondent der angesehenen „New York Times“, hielt das Problem gar für eingebildet und erklärte sich außerstande, einen Schreckensbericht zu liefern.

Westdeutsche Zeitungsleute, voran die Springer-Journalisten, konnten es besser. Material lieferte US-Professor Walter F. Hahn, der ein „informelles Arrangement“ (Hahn) mit dem sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der CDU-eigenen Konrad-Adenauer-Stiftung unterhält und nach einem Besuch bei CDU-MdB Karl Carstens in



Osnaabrücker Zeitung

„Wir gehen nach Washington, um das deutsch-amerikanische Verhältnis zu bereinigen“

das schwierige Ferngespräch durch eine Unterhaltung von Staatsmann zu Staatsmann zu ersetzen. Aufgeschreckt durch Meldungen, nach denen Breschnew noch vor seiner für Juni geplanten Washington-Reise am Rhein Station machen werde, und irritiert durch ein dramatisches Fernseh-Feature über wachsende USA-Feindlichkeit in Westdeutschland, wollte sich die Nixon-Administration der Treue ihres Bündnispartners versichern.

Am 14. und 15. März war über die Bildschirme zwischen Atlantik und Pazifik ein Film des Bonner CBS-Korrespondenten John Sheahan geflimmert, der Wirtshaus-Krawalle und Proteste fränkischer Bürger vor der US-Botschaft in Bonn gegen einen Truppenübungsplatz zu einer breiten antiamerikanischen Strömung in der Bevölkerung umgedeutet hatte. Prompt orderten

Bonn in dem konservativen Universitäts-Periodikum „Orbis“ den Inhalt eines Gesprächs deutete, das er im Januar 1969 mit dem damaligen Planungschef des Außenministers Brandt, Egon Bahr, geführt hatte.

Der Kanzler-Berater — so Hahn — habe bei dieser Gelegenheit seinem amerikanischen Gastgeber einen Vier-Stufen-Plan zur Entspannung enthüllt, der — über Anerkennung der DDR, Gewaltverzichtsabkommen und diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten, gleichgewichtige Truppenreduzierung in BRD und DDR — schließlich in der Auflösung von Nato und Warschauer Pakt gipfelte.

Insbesondere die Zündung der letzten Stufe mochte die oppositionelle CDU/CSU nicht versäumen. Im Bundestag, während der Generaldebatte